

Die letzten Tage des Ausreisezentrums Motardstraße



“Sozial”ArbeiterInnen, die auch mal Macht ausüben dürfen

Im Lager Motardstraße sitzen mittig der langen Flure die SozialarbeiterInnen. Wie uns bekannt ist, werden diese von BewohnerInnen gemieden, denn als Hilfe im Alltag sind sie nicht bekannt. Vielmehr kontrollieren Sie ihre Klienten in Haare sträubendem Ausmaß.

In mehreren Fällen teilten sie den zuständigen Angestellten der jeweiligen Sozialämter ihre Einschätzung über das Verhalten der BewohnerInnen mit. Konkret vermuten wir, dass eine Streichung des “Taschengeldes” und andere behördliche Schikanen ursächlich mit der Einsortierung durch die SozialarbeiterInnen zu tun haben. Auf der anderen Seite wurden Menschen schon in weniger schlimme Heime verlegt - z.B. wenn sie den SozialarbeiterInnen vermeintliche Regelverstöße petzen...

So kann sich die Wohnungslage von Menschen durch rassistisches Verhalten von SozialarbeiterInnen im konkreten Fall auch mal verbessern, doch mit selbstbestimmten Leben hat das wenig zu tun.



Lange haben wir gebraucht, um unseren dritten Newsletter fertig zu stellen. Wir, das meint das Bündnis gegen Lager –Berlin/ Brandenburg. Lange haben wir bislang an der Schließung des Berliner Ausreiselagers in der Motardstraße gewerkelt und weitere Ausdauer werden wir wohl noch benötigen. Wir informieren euch hier über den aktuellen (Wider-) Stand, kleinere Erfolge und größere bleibende Probleme. Nicht verschweigen wollen wir die Einrichtung einer zweiten d.h. zusätzlichen sogenannten Sachleistungseinrichtung, das Lager in der Degnerstraße. Dies ist ärgerlich und wird sicher uns Arbeit und den Verantwortlichen Probleme bereiten.

Vorweg: Das Containerlager Motardstraße ist offiziell eine Erstaufnahmeeinrichtung, in dem Asylsuchende für die ersten drei Monate untergebracht werden. Zusätzlich beobachteten wir aber dass zunehmend andere Personengruppen dort untergebracht wurden. Mit dem Ziel, sie mit möglichst schlechter Behandlung zu einer angeblich freiwilligen Ausreise zu bewegen. Oder aber um sie in die Illegalität zu drängen. Hauptsache weg, schien und scheint die Parole zu sein. Das Land Berlin beendete diese Praxis weitgehend im Jahr 2007, einige Bezirke tragen weiterhin die politische Verantwortung für diese behördliche Höchststrafe. Wir lehnen die Diskriminierung von Flüchtlingen und MigrantInnen grundsätzlich ab und fordern eine freie Wohnungswahl für alle!

Im vergangenen Jahr haben wir deshalb vorrangig die Bezirke Pankow und Marzahn bearbeitet, denn diese hatten die höchsten Zahlen zu verantworten. Und siehe da: Jeweils

mehrere Besuche, Kundgebungen, öffentliche Kritik und auch die Arbeit mit in dieser Frage gleich gesonnener Abgeordneter führten zu Erfolgen. Aktueller „Spitzenreiter“ unter den Bezirken ist seit einem halben Jahr der Bezirk Mitte. Die im Dezember 2008 zurückgetretene verantwortliche Sozialstadträtin Miriam Scheffler wollte bis Ende letzten Jahres eine Einzelfallprüfung zugunsten der Betroffenen durchführen. Offenbar hat sie das nicht umgesetzt. Unser neuer „Ansprechpartner“ in dieser Kontroverse heißt Stephan von Dassel, ebenfalls Bündnis90/Die Grünen.

Im Gegensatz zu den kleinen Erfolgen auf die Bezirke einzuwirken, hat die Gesamtzahl der BewohnerInnen nicht abgenommen. Mit 425 Personen ist die Belegung derzeit relativ hoch (Stand Februar 2009) Auffällig in diesem Zusammenhang sind die 134 in der Motardstraße untergebrachten VietnamesInnen, teilweise als Asylsuchende registriert, teilweise als Obdachlose qualifiziert. Die Ursachen dafür werden wir klären. Außerdem ist herauszufinden, welche Bezirke in das Lager Degnerstraße einweisen.

Der nächste - reguläre - Kündigungstermin zwischen dem Landesamt für Gesundheit und Soziales und der Arbeiterwohlfahrt zur Aufgabe des Lagers Motardstraße ist der 30. Juni 2009. Wir sparen schon mal auf bzw. halten Ausschau nach einem Bagger und einer Planieraube.

*Gleiche Rechte für Alle!
Lager Motardstraße und Degnerstraße schließen!
Grenzen auf!*

Bezirk	Anzahl Personen 01.2008	Anzahl Personen 02.2009
Charlottenburg-Wilmersdorf	16	17
Friedrichshain-Kreuzberg	3	2
Lichtenberg	10	7
Marzahn-Hellersdorf	37	8
Mitte	27	30
Neukölln	4	3 + 2* (Jobcenter)
Pankow	36	13
Reinickendorf	4	5
Steglitz-Zehlendorf	12 + 2* (Jobcenter)	7
Spandau	14 + 3* (Jobcenter)	10 + 9* (Jobcenter)
Tempelhof-Schöneberg	11	16
Treptow-Köpenick	5	6
Σ	179 + 5* = 184	124 + 11* (+ 35 in der Degnerstraße) = 171



Inhalt

3. Degnerstraße Nr. 82
4. Rassismus hat viele Gesichter: *Zur mangelhaften Gesundheitsversorgung von MigrantInnen in Berlin*
5. Zufälligkeiten mit Todesfolge
6. Widerstand gegen Sammelvorführungen
6. Schöne Worte von der Linkspartei
7. „Mitwirkungspflicht“ zur eigenen Abschiebung - *Zeitungsartikel*
8. Migration in Deutschland: *Ernüchternde Bilanz in 2008*
9. Gutscheinsystem abschaffen! Bargeld für Alle!
9. Die Arbeiterwohlfahrt – mehr als nur ein „Wohlfahrtsverband“
10. Undokumentiert, aber organisiert
10. Adressenteil
11. Chronologie

* Die Jobcenter sind tlw. „übergangsweise“ zuständig und weisen nach Angaben des Senats niemand dort ein, d.h. die Leute wohnen in der Motardstraße „bis geeigneter Wohnraum angemietet wird“.

Degnerstraße Nr. 82 oder „Das neue Ausreiselager“

Familien und Kinder aufgepasst, Lager werden jetzt „familienfreundlich“

Das Ausreiselager Motardstraße 101a ist künftig nicht mehr das einzige. Das Land Berlin erweitert damit die Kapazität zur Ausgrenzung unerwünschter MigrantInnen. Das seit 2003 bestehende Heim in der Degnerstraße 82, Berlin-Hohenschönhausen, wird seit Oktober 2008 teilweise als zweites Berliner Ausreiselager unter der rot-roten-Regierung genutzt. Unsere Freude ist eher verhalten, wohingegen die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner mächtig stolz auf das Lager mit dem von ihr verliehen Prädikat „insbesondere für Familien geeignet“ ist. Ob sie mit dieser Entscheidung ihre Familienfreundlichkeit gegenüber Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel oder ein weiteres Zeichen staatlichen Rassismus unter Beweis stellt, beantwortet sich von selbst. Auch dort wird Familien mit Kindern jegliches Bargeld entzogen. Sie bekommen nur folienverpacktes Fertigessen, 1,36 Euro pro Tag Bargeld und die Beihilfen für Kleidung werden häufig gestrichen. Das Fertigessen wird von der R&Z Servicegesellschaft geliefert, die nicht besser als die Firma Dussmann ist. Der Zwang, sich ausschließlich von fremdbestimmten

Essen ernähren zu müssen und Dinge des alltäglichen Bedarfs

vorgesetzt zu bekommen, ist auch hier nicht abgeschafft und nimmt den BewohnerInnen die Anerkennung als selbstbestimmte Personen.

Dieses „offene Gefängnis“ wird von der Immobiliengesellschaft invest-plan GmbH betrieben, die ihre Firmensitze in Grünheide und Fürstenwalde hat.

Invest-Plan bewarb sich auf eine Ausschreibung vom Landesamt für Gesundheit und Soziales für die Bereitstellung von bisher geplanten 50 Plätzen für Personen, die nach §1a AsylbLG zu Kriminellen stigmatisiert werden. Ihnen wird von der Ausländerbehörde vorgeworfen, aus dem alleinigen Einreisemotiv des Leistungsbezugs nach Deutschland gekommen zu sein (kann regelmäßig nicht nachgewiesen werden) oder nicht bei der Passbeschaffung zu ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken. Der Flüchtlingsrat geht nach seinen Erfahrungen davon aus, dass 50 % der Einstufung nach § 1a AsylbLG nicht rechtmäßig sind. Dieses Gesetz zeigt uns, wie rassistische Gesetze und Angestellte im Öffentlichen Dienst Menschen zu Kriminellen stigmatisieren, um ihnen anschließend grundlegende Rechte entziehen zu können.

Invest-Plan will sich besondere Mühe in der Ausstattung gegeben haben. Liebevoll geblümete Fenstervorhänge für die dunklen Kellerzimmer, Schnäppchenjagd bei Schlecker für pinkes oder grünes Duschshampoo als Teil der Sachleistungen, auch das Gitterkinderbett fehlt nicht.

Der einstige Gemeinschaftsraum ist nun die Kantine für das Fertigessen.

Freudig werden auch ehemalige BewohnerInnen begrüßt, die in ihr einstiges Domizil zurückkehren müssen, nachdem sie von Bezirksangestellten auf Sachleistungen gesetzt wurden.

Der Politikerin Heide Knake-Werner fällt auf die vielfältige Kritik an dem Ausreiselager Motardstraße nichts anderes ein, als verübtschte und zusätzliche Plätze an einem anderen Ort zu eröffnen. Die grundsätzlichen Kritiken am Betreiben von Ausreiselagern, der Kriminalisierung und Stigmatisierung von MigrantInnen und das bewusste In-Kauf nehmen von Illegalisierungen gehen an ihr und der Partei „Die Linke“ vorüber und werden billigend akzeptiert.

Das Bündnis gegen Lager fordert die Schließung aller Ausreiselager und Zwangsunterkünfte für Flüchtlinge, MigrantInnen und Obdachlose.

Nur müssen wir uns fragen, ob wir mit der Anprangerung der Zustände in der Motardstraße für Vorschub in der Realpolitik gesorgt haben. Also ein zusätzliches Ausreiselager einzurichten, welches als hübschere Unterkunft präsentiert wird.

Wir lassen uns in dem Kampf gegen den institutionalisierten Rassismus nicht entmutigen. Weiterhin fordern wir Bargeld, Wohnungen und ein schönes Leben für alle. Ob Motardstraße, Degnerstraße oder alle anderen Heime, sie sollen planiert werden!





Rassismus hat viele Gesichter

Zur mangelhaften Gesundheitsversorgung von MigrantInnen in Berlin

Berlin ist nicht nur Hauptstadt Deutschlands, sondern auch Hauptstadt der illegalisierten Menschen. Rund jedeR 10. illegalisierteR MigrantIn lebt Schätzungen zufolge hier. Hier in der Großstadt lässt es sich anonym leben. Schließlich ist Anonymität ein Muss, möchte mensch nicht abgeschoben werden. Wer „illegal“ ist, ist quasi nicht da und wer nicht da ist, bekommt weder Sozialleistungen, noch Krankenversicherung, noch andere staatliche Unterstützung. Gleichzeitig muss er oder sie bei Inanspruchnahme von Hilfe fürchten, dass eine Meldung an die Ausländerbehörde erfolgt. Diese rassistische Ausgrenzung von MigrantInnen aus der Sozialgesetzgebung und der regulären Gesundheitsversorgung betrifft in Berlin etwa 100.000 Menschen. Nur 8.000 von ihnen konnten seit 1996 von der medizinischen Flüchtlingshilfe Berlin versorgt werden. Nicht jedeR kennt die medizinische Flüchtlingshilfe und es ist schon oft vorgekommen, dass Aufnahmeeinrichtungen oder Verwaltungsangestellte ohne Widerspruch der Ärzte und Ärztinnen die Polizei informiert haben, wenn AusländerInnen mit unklarem Aufenthaltsstatus in die Notaufnahme kamen. In anderen Fällen wird die Behandlung verweigert, bis die Kostenfrage geklärt ist.

Nicht nur illegalisierten MigrantInnen wird meistens die medizinische Versorgung verweigert oder erschwert, sondern auch MigrantInnen im Asylverfahren und mit einer Duldung. Dies geschieht mit Hilfe eines rassistischen Sonder-

gesetzes, dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Nach § 4 AsylbLG soll die Behandlung nur bei akuten oder schmerzhaften Erkrankungen erfolgen. Chronische Erkrankungen und Behinderungen werden nur behandelt, wenn akute Schmerzzustände hinzukommen. Ob diese Voraussetzungen für die Erteilung eines Krankenscheines erfüllt sind, meinen einzelne SacharbeiterInnen bei den Sozialämtern alleine entscheiden zu können. Es kommt immer wieder vor, dass Sozialämter den Krankenschein verweigern, weil sie die angegebenen Schmerzen der Flüchtlinge für nicht glaubwürdig halten. Auch bei der Krankenhausbehandlung werden oft rechtswidrige Einschränkungen gemacht (nur „lebensnotwendige oder unaufschiebbare“ Behandlung, andere Krankheiten oder Verletzungen werden einfach ignoriert). Bei erwartungsgemäß kostenintensiven Behandlungen oder in strittigen Fällen muss vom Sozialamt der Amtsarzt oder die Amtsärztin eingeschaltet werden. Teils ohne ausführliche Untersuchung der PatientInnen werden von behandelnden Ärzten und Ärztinnen für notwendig erachtete - Behandlungen abgelehnt, da die Krankheit „bei Einreise bereits vorhanden“ oder „nach Abschiebung im Heimatland behandelt“ werden könne. Letztere Begründung hatte für Mohammad Selah tödliche Folgen. Er wurde auf Grund eines verweigerten Krankenscheins zu spät behandelt und verstarb am 14. Januar 2007 im Essener Krankenhaus.

Alle MigrantInnen müssen regulären kostenfreien Zugang zum Gesundheitssystem erhalten. Medizinische Versorgung ist ein Menschenrecht.

Das Land Berlin will nun die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus verbessern. Geplant ist die Einführung von «anonymen Krankenscheinen». Außerdem will Berlin das Aufenthaltsrecht ändern. Danach solle medizinisches Personal nicht mehr verpflichtet sein, die Daten von PatientInnen ohne Aufenthaltsstatus an die Behörden zu übermitteln. Eine entsprechende Initiative im Bundesrat werde derzeit vorbereitet, so die Senatsverwaltung. In Berlin selbst hat, laut der Senatorin für Gesundheit Frau Lompscher, Innensenator Körting im November 2008 den Berliner Krankenhäusern sinngemäß mitgeteilt, sie seien nicht verpflichtet, Menschen ohne Aufenthaltsstatus der Ausländerbehörde zu melden.

Noch ist nix gewonnen.

*Kämpfen wir weiter und gemeinsam für globale medizinische Rechte!
Solidarität ist international!
Papiere und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle!*

FeS / AG - Internationale Solidarität

Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin hat Sprechzeiten: Montag und Donnerstag 16.30 bis 18.30 Uhr und befindet sich: im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Hinterhof, Aufgang 3, 2. Stock, Berlin-Kreuzberg - U-Bahnhof Mehringdamm U6/U7

Postadresse: Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Naturheilkunde gegen Spende: Infos unter www.heilehaus-berlin.de

Zufälligkeiten mit Todesfolge

+++Zufall 1: Freispruch für die Mörder von Oury Jalloh+++

Am 8.12.2008 wurden in Dessau die für den Feuertod von Oury Jalloh verantwortlichen Polizisten Andreas S. und Hans-Ulrich M. freigesprochen. Oury Jalloh verbrannte an Händen und Füßen gefesselt auf eine feuerfeste Matratze geschnallt in einem ansonsten völlig leerem Raum. Er habe sich trotz der Fesselung mit einem Feuerzeug selbst angezündet, dass einer der diensthabenden Beam-

ten möglicherweise dort „verloren“ hätte. Der Rauchalarm wurde durch die diensthabenden Polizisten abgeschaltet und die Schreie in der Gegensprechanlage ignoriert. Die Leiche und sämtliche Gegenstände waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Trotz der Fesselung versuchte die Staatsanwaltschaft die Geschehnisse als tragischen Unglücksfall darzustellen. Bei der Urteilsverkündung wurden

die empörten ProzessbeobachterInnen gewaltsam von einem massiven Polizeiaufgebot aus dem Gerichtsgebäude gebracht. Wir sind uns sicher, dass es sich bei dem Tod Oury Jallohs um einen kaltblütigen, rassistisch motivierten Mord durch Polizisten handelt, der nicht vergessen werden darf!

+++Zufall 2: Freispruch für Brechmittelarzt+++

Fast zeitgleich erging am 4.12.2008 durch das Landgericht Bremen ein Freispruch für Igor Volz, den Polizeiarzt, der am 26.12.2004 den als angeblichen Drogendealer Verdächtigten Laya-Alama Condé bereitwillig mit einer Magensonde über 90 Minuten bis zu dessen Tod durch Ersticken Brechmittel eingeflößt hatte, um mögliche Beweismittel sicherstellen zu können. Die Polizisten waren durch seine Hautfarbe auf Condé aufmerksam geworden. Die schon an sich äußerst schmerzhafteste Maßnahme, die auf bloßen Verdacht - in der Regel die falsche Hautfar-

be - in der BRD angewandt wird, wurde in diesem Falle so dilettantisch durchgeführt, dass die Flüssigkeit nicht in den Magen, sondern in die Lunge eingeführt wurde. Der Arzt brach die Tortur nicht ab, obwohl der Verdächtige Schaum vor dem Mund hatte und das Bewusstsein verlor. Der Mann starb an Ort und Stelle. Anstatt den Einsatz von Brechmittel in Frage zu stellen, stellte das Gericht fest, dass dem in dieser Technik unerfahrenen Arzt nicht zuzumuten sei, einschätzen zu können, wann die Maßnahme abubrechen sei. Er wurde freigesprochen und arbeitet weiter

unbehelligt als Gerichtsmediziner. Während sich die Öffentlichkeit zu Recht über den Einsatz von Waterboarding durch US-amerikanische Behörden empört, scheint es niemanden zu interessieren, dass der riskante und menschenunwürdige Einsatz von Brechmittel zur alltäglichen rassistischen Polizeipraxis in der BRD gehört, routinemäßig angewandt wird und im Jahr 2002 Achidi John das Leben gekostet hat. Selbst der Europäische Gerichtshof hat 2006 entschieden, dass es sich bei der Brechmittelvergabe um einen Verstoß gegen das Folterverbot handelt.

+++Zufällig kein Interesse+++

In England hat die Staatsanwaltschaft eine erneute Anklage der freigesprochenen Todesschützen von Jean Charles de Menezes abgelehnt, da es keinerlei Beweise für ein Fehlverhalten gäbe und die Öffentlichkeit an einer Strafverfolgung daher kein Interesse habe. Jean Charles war am 22.07.2005 in der Londoner U-Bahn von Polizisten ohne Vorwarnung von

hinten erschossen worden, angeblich habe er durch seine Erscheinung den Eindruck erweckt, er sei ein Selbstmordattentäter. Nachdem die Auswertung von Überwachungskameras und von Zeugenaussagen die Aussage der Beamten widerlegte, Jean Charles hätte eine dicke Jacke getragen und sei auf die U-Bahn zugerannt, blieb lediglich seine dunkle Hautfarbe

als Verdachtsmoment zurück. Das Gericht bemühte schließlich die „kriminalistische Erfahrung“ und den Ermittlungsdruck der Todesschützen, um sie freisprechen zu können. Die Familie von Jean Charles durfte bei der Urteilsverkündung im ersten Prozess „aus Sicherheitsgründen“ nicht im Gerichtssaal anwesend sein.

Brechmitteleinsatz beenden, Rassistische Polizeigewalt stoppen!

Widerstand gegen Sammelvorführungen

Seit langem ist ein neuer Weg gefunden, um die Abschiebung der Flüchtlinge in Deutschland zu verstärken. Wie z.B. am 20.11.2007, am 11.03.2008 und am 25.03.2009 versammelten sich mehrere AntirassistInnen und AntifaschistInnen in der Zentralen Ausländerbehörde Kölns, um gegen weitere Abschiebeanhörung von Flüchtlingen insbesondere aus Afrika zu protestieren.

Schon am frühen Morgen des 11. März 2008 kommt der erste Bus mit SchwarzafrikanerInnen von Eisenhüttenstadt zur Blaubachstraße in Köln vorgefahren. Manche Personen waren während der Busfahrt in Handschellen gelegt worden. Überrascht, aber ungebrochen, steigen die AfrikanerInnen in Begleitung von Brandenburger PolizistInnen aus. Am Vortag mussten sich alle Betroffenen in der Zentralen Aufnahmestelle Eisenhüttenstadt versammeln, weil die Fahrt nach Köln gegen Mitternacht stattfand.

Das Ziel des Busses ist weder Guineas Botschaft, Nigerias Botschaft noch Kameruns Botschaft, sondern die Zentrale Ausländerbehörde Köln. Flüchtlinge werden zwangsweise Botschaftsangehörigen ihrer angeblichen Herkunftstaaten vorgeführt. Entscheidend für das Ergebnis der Anhörung sind die Verhandlungen zwischen den deutschen Behörden und den Botschaftsdelegationen. Schweigen während des Interviews wird als Zustimmung zum bereits feststehenden Ergebnis gewertet. Früher

wurde viel mit der togolesischen Botschaft kollaboriert, in der letzten Zeit hat die zentrale Ausländerbehörde Köln sich auf die Identifizierung von KamerunerInnen, NigerianerInnen und GuineanerInnen spezialisiert. Anschließend wird abgeschoben. In unregelmäßigen Abständen werden Flüchtlinge aus dem ganzen Bundesgebiet in der Domstadt angeliefert, um sie zu verhören. Flüchtlinge, vor allem aus Afrika, die nach deutschem Recht und Gesetz keine eindeutig beurkundete Identität besitzen, dürfen aber nicht abgeschoben werden, sofern sie sich bemühen, die zur Ausreise erforderlichen Papiere zu bekommen und sich sonst nichts Erhebliches zu Schulden kommen lassen. Das Ungeheuerliche dabei ist, dass Angehörige diktatorischer Regime als Kronzeugen von den deutschen Ausländerbehörden eingesetzt werden, um Flüchtlinge zu verhören. Die Behauptungen der kamerunischen Beamten über „ihre Flüchtlinge“ sind zwar kaum nachprüfbar, werden aber von den deutschen Behörden trotzdem als authentische und unabhängige Äußerungen gewertet. Bereits am 21.11.07 wurden in Köln ca. 50 Menschen aus Afrika, die im ganzen Bundesgebiet verteilt leben und denen in Bundesrepublik Deutschland kein Aufenthaltstitel zugebilligt wird, Zeugen und Opfer dieses widerlichen Rechtsvorgangs, der in Köln Angaben der Zentrale Ausländerbehörde zufolge seit mindestens 10 Jahren praktiziert wird.

Das System der Abschiebung wird ausgeweitet. Mehr als Zehntausend Men-

schen werden jährlich aus der Bundesrepublik abgeschoben. Immer öfter werden so genannte Charterflüge durchgeführt, so dass Widerstand gegen Abschiebungen fast unmöglich und die Praxis immer brutaler wird. Mit Knüppeln, Pfefferspray und Fesseln werden die „Unerwünschten“ außer Landes geschafft. In Zusammenarbeit mit korrupten Regimen und trotz begründeter Verfolgungsgefahr werden Dokumente für Abschiebungen beschafft. Die Illegalisierung steht oft am Ende.

Die „Illegalität“ und das Untertauchen sind manchmal der letzte Schutz vor der Abschiebung. Deshalb lebt eine große Anzahl der Menschen illegalisiert in der Bundesrepublik Deutschland: Ihre Zahl nimmt beständig zu, während die Zahl der Asylanträge und -anerkennungen drastisch gesunken sind. Statt Asyl stehen den Flüchtlingen Lager und Abschiebung bevor, sodass immer mehr Menschen erst gar keinen Antrag stellen.

Weltweit steigen die Flüchtlingszahlen in Europa. Nicht nur vor den Europäischen Grenzen sondern auch im Inland steigt die Brutalität mit der Flüchtlinge abgewehrt, schikaniert und ausgewiesen werden. Europaweit werden nur noch 23 von 100 AsylbewerberInnen anerkannt. In Deutschland sind es nur noch 6 von 100 Flüchtlingen.

Schöne Worte von der Linkspartei

Der Landesparteitag der Linkspartei Berlin beschloss im Dezember 2008:

„Alle anderen [nicht im Erstaufnahmeverfahren befindlichen, d. Red.] Personen, die derzeit dort wohnen, werden in Wohnungen bzw. – in gesetzlich unabweisbaren Fällen – in Unterkünften untergebracht, die von den zuständigen Bezirken bereitgestellt werden. Mittelfristig soll eine Erstaufnahmeeinrichtung an einem ande-

ren Standort eingerichtet werden, die dem gegenüber den 90er Jahren geringeren Platzbedarf gerecht wird und eine bessere sozialräumliche Integration der Flüchtlinge ermöglicht.“

Die politische verantwortliche Senatorin Knake-Werner legt sich hiermit auf die Schließung des Lagers Motardstraße fest! Ein konkreter Zeitplan ist uns allerdings nicht bekannt.

Heidi – los geht's!

Dieser letztlich beschlossene Antrag stammt von: Elke Breitenbach, Klaus Lederer, Heidi Knake-Werner, Katina Schubert und Carsten Schatz

Nachzulesen unter: U. Jelpke, K. Kopp; Kritik auch an deutscher Flüchtlingspolitik, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei

„Mitwirkungspflicht“ zur eigenen Abschiebung

Deutsche Behörden führen wiederholt Flüchtlings-Anhörungen vor Botschaftern durch. Rechtsverstöße beklagt.

„Es war deutlich, was die Beamten dachten: alle, die heute drankommen, sollen raus aus Deutschland.“

Samuel Diallo (Name geändert) erzählt von einer Botschaftsanhörung, zu der er sich ergeben musste. Diallo ist ein afrikanischer Flüchtling - einer von vielen, die kein Asylrecht, nur „Duldung“ in Deutschland bekamen. Im Oktober hatte er eine Vorladung zur Ausländerbehörde Köln erhalten: er sollte sich dort zu einer Anhörung vor Kameruner Botschaftsmitarbeitern einfinden.

Seine „Identität sollte geklärt“ und „eine Passerstellung möglich gemacht werden“. Denn Diallo hat keine Herkunftspapiere.

Seit Jahren führen deutsche Behörden mit Auslands-Botschaften Anhörungen von Flüchtlingen durch. MigrantInnen sollen dabei von Botschaftern anhand ihres Akzents als Landesangehörige „identifiziert“ werden, einen Pass erhalten und dann abgeschoben werden. Die Behörde verweist auf die „Mitwirkungspflicht“.

Diallo hat Angst. Der deutsche Staat, der im Jahr 2006 nur ganzen 251 Flüchtlingen Asyl zugestand, stellt sich bei Not und selbst bei politischer Verfolgung für Flüchtlinge taub. So berichtet Pro Asyl, dass Grenzbeamte im Vorjahr Menschen aus Sri Lanka abschoben, als dort gerade Massaker neu entbrannten.

Auch Diallo fürchtet Lebensgefahr, wenn er abgeschoben wird. Diallo: „Ich überlegte: Würde ich mich auf ein Gespräch mit den Botschaftern einlassen, drohte mir die Abschiebung. Würde ich fernbleiben, drohte man mir Strafen, etwa polizeiliche Zwangsvorführung, an. Ich entschied mich, zu fahren.“

„Eine freie Anfahrt nach Köln wurde ihm verweigert, trotz Nachfrage weder Uhrzeit noch Raumnummer der Befra-

gung mitgeteilt. Diallo musste sich mit anderen Flüchtlingen am 19. November bei einer Sammelstelle in Eisenhüttenstadt einfinden; von da wurden sie mit einem Bus über Nacht nach Köln gebracht. Zwei von ihnen in Handschellen. Wie Verbrecher.

Diallo vermutet, dass das Begleitpersonal Zivilpolizisten waren. Solch zwangsmäßige Verbringung ist nach Ansicht des Anwalts für Ausländer- und Asylrecht Hubert Heinhold rechtswidrig, „wenn ein Flüchtling gerade mal eine erste Aufforderung zur Anhörung erhält, nicht bereits öfter bei Aufforderungen fernblieb.“

Übermüdet mussten die Migranten morgens in der Behörde in Köln warten. „Nach und nach wurden Flüchtlinge aus verschiedenen Städten gebracht, insgesamt waren wir etwa dreissig“, so Diallo.

Zehn Aktivisten von „Kein Mensch ist illegal“ waren vor Ort, protestierten mit einem Transparent gegen die Zwangsanhörung. Sie ersuchten Beamte, dass mit den Flüchtlingen ein Rechtsbeistand zugelassen werde. Diallo: „Die Beamten lehnten ab. Sie sagten, die Anhörung finde im ‚exterritorialen Raum‘ statt.“ Anwalt Heinhold dazu auf Nachfrage von ND: „Das ist Quatsch. Wenn gleich Auslands-Botschafter die Befragung durchführen, haben Flüchtlinge dabei das Recht auf einen Beistand.“

Einzeln wurden die Flüchtlinge zu den Botschaftern hineingeschickt. Diallo war aufgeregt, beschloss, zu schweigen. Kein leichtes Vorhaben. „Zwei kamerunische Botschafter und zwei deutsche Beamtinnen saßen im Kreis, mir zugewendet. Ich wusste: sie zielten nur darauf ab, mich abzuschieben, und musste ihren Fragen standhalten.“

Zunächst wandte sich ein Botschafter in französisch an Diallo, forderte ihn auf,



Platz zu nehmen. Keine Reaktion. Im Wechsel befragten ihn dann kamerunische und deutsche Beamte: „Sag uns deinen Namen. Wie ist der Name deines Vaters, deiner Mutter? Kannst du die Angaben, die du bei deinem Asylantrag gemacht hast, bestätigen?“ Keine Antwort. Fünfzehn Minuten dauerte der Vorgang. Diallo sagte kein Wort, wurde schließlich entlassen.

Auch alle anderen Flüchtlinge aus der Gruppe, die mit Diallo angereist war, schwiegen. „Am Schluss waren die Beamten sichtbar wütend. Wir wurden dann zurück in unsere Heime entlassen.“ Diallo muss nun auf die Verlängerung seiner Duldung warten. Vielleicht stehen ihm Leistungskürzungen oder andere Strafen bevor.

Diallo ist ein sensibler, aufmerksamer Mensch. Ungut erinnert er den Tag in Köln, den rauen, wortlosen Umgang des Begleitpersonals mit den Migranten – „als wären wir Hunde“.

Migration in Deutschland:

Ernüchternde Bilanz in 2008

„Wer als Fremder nach Deutschland kommt, bleibt fremd“

MigrantInnen kritisieren die Umsetzung des Integrationsplans: Ein Anteil vergleichbar mit dem klassischen Einwanderungsland USA. Doch anders als die Vereinigten Staaten muss Deutschland erst noch lernen, dass Einwanderung an sich nichts Schlechtes ist, wenn man die Eingewanderten in die Gesellschaft integriert, doch da steht die Politik bislang vor großen Aufgaben wie die Lage der größten ethnische Minderheit in der Hauptstadt zeigt: Drei von vier TürkInnen machen keinen Schulabschluss, jedeR zweite im erwerbsfähigen Alter hat keine Arbeit, nur 3% von ihnen haben studiert, ergibt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). In keinem anderen europäischen Industrieland klaffe das Bildungsniveau von Eingewanderten und einheimischer Bevölkerung soweit auseinander wie in Deutschland.

Gleichzeitig bangen die Flüchtlinge, also die Geduldeten, weiter. 2008 lebten in Deutschland 126.676 Menschen mit einer Duldung. Manche von ihnen sind seit über 15 Jahren hier. Sie leben in der ständigen Angst vor der angedrohten Abschiebung, jederzeit können sie abgeschoben werden in die Länder, aus denen sie geflüchtet sind, in der Hoffnung in Deutschland Schutz zu finden.

Schon 2007 wurden 14.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Kinder, die hier geboren sind, die die Heimatländer ihrer Eltern nie gesehen haben, ältere Menschen, deren ganze Familien hier leben: Jugendliche, die aus ihren Familien herausgerissen werden, nur weil sie 18 Jahre alt geworden sind.

Manche schaffen es, sich gegen diese unmenschliche Politik zu wehren, manche wehren sich erfolgreich gegen ihre Abschiebung, andere nehmen sich selber das Leben in Deutschland, weil sie es nicht mehr aushalten unter solchen unwürdigen Bedingungen leben zu müssen. Die in Berlin vor einem Jahr beschlossene Bleiberechtsregelung hat deutlich weniger geduldeten Eingewanderten zu einem sicheren Aufenthaltsstatus verholfen, als erwartet.

Statt wie angekündigt 60.000 Flüchtlinge haben bisher nur 29.000 langjährig Geduldete durch die schwarz-rote Altfallregelung eine Bleibemöglichkeit erhalten. Diese Zahlen gehen jetzt aus der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei hervor. Ende September, so bilanziert die Bundesregierung, lebten weiter 110.000 MigrantInnen als nur Geduldete in Deutschland. 65.000 von ihnen sind seit über sechs Jahre hier zu Hause und müssen weiter auf ein Bleiberecht warten.

Die schwarz-rote Koalition hatte sich vor einem Jahr nach langem Streit auf eine gesetzliche Altfallregelung verständigt. Sie sollte nach Angaben der SPD 60.000 seit Jahren in Deutschland lebenden Eingewanderten zu einem sicheren Aufenthalt verhelfen. Nun aber zeigen die Zahlen, dass bisher nicht einmal die Hälfte der Betroffenen von der Bleiberegulation profitiert hat.

Ein Jahr zuvor haben 25.000 Geduldete durch eine Sonderregelung der Innenministerkonferenz eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, d.h. insgesamt haben in den letzten Jahren 55.000 Menschen von der Bleiberechtsregelung profitiert. 80% dieser Aufenthaltserlaubnisse wurden nur auf Probe erteilt: Sie laufen Ende 2009 aus, wenn die Betroffenen bis dahin nicht in der Lage sind, den Lebensunterhalt ihrer Familie durch eigene Arbeit zu sichern.

Angesichts der Arbeitsmarktlage werden nur die wenigsten nach zwei Jahren den geforderten Nachweis erbringen können, dass sie dauerhaft ganz ohne staatliche Hilfe auskommen.

„Was die Bundesregierung als Erfolg verkauft, ist in Wahrheit ein „Potemkinsches Dorf“ kritisiert die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke die Bilanz.



Gutscheinsystem abschaffen! Bargeld für Alle!

*u.r.i. (united against racism and isolation)**

Flüchtlinge in Deutschland sind mit staatlichen Repressionen wie der Zwangsunterbringung in anstaltsähnlichen isolierten Unterkünften ohne Privatsphäre, der Residenzpflicht (Flüchtlinge dürfen den ihnen zugewiesenen Landkreis nicht verlassen) und langjährigem Arbeits- und Ausbildungsverbot konfrontiert. Dieser Katalog an Einschränkungen an grundsätzlichen Rechten legitimiert sich u.a. aus dem Asylbewerberleistungsgesetz. Er wird ergänzt durch eine auf das Allernotwendigste beschränkte minimale medizinische Versorgung sowie finanzielle Grundleistungen, die 30 Prozent unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum von ALG II liegen. Diese werden dann im Ermessen des zuständigen Sozialamtes überwiegend als Sachleistungen wie Nahrungsmittelgutscheine, Chipkarten und Kleidercoupons erbracht. Das einzige Bargeld, was den Flüchtlingen zusteht (das monatliche „Taschengeld“) in Höhe von 20,45€ für Kinder und 40,90€ für Erwachsene wird fortwährend nach Willkür des Sozialamtes gestrichen. All diese Maßnahmen haben u.a. zur Folge, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland von vornherein unterbunden wird. Es besteht für Flüchtlinge in Deutschland nicht die Möglichkeit z.B. mit FreundInnen einen

Kaffee zu trinken oder ins Kino zu gehen, geschweige denn einen Anwalt, Telefon oder Tickets für den öffentlichen Verkehr zu bezahlen.

Diesem alltäglichen Wahnsinn sind auch die Flüchtlinge in Hennigsdorf ausgesetzt. Das zuständige Sozialamt Oranienburg versagt auch langjährig hier lebenden Menschen Leistungen in Form von Bargeld. Die Flüchtlinge bekommen Gutscheine ausgestellt, mit denen sie sich lediglich Lebensmittel und Drogerieartikel in wenigen vorbestimmten Geschäften kaufen dürfen.

Um diese Zustände zu ändern, tauschen wir die Gutscheine gegen Bargeld und gehen regelmäßig gemeinsam einkaufen.

Wenn ihr Lust habt euch bei den einmal monatlich stattfindenden antirassistischen Einkäufen zu beteiligen oder um mehr Informationen zu erhalten schickt eine kurze Mail an: [uri-hennigsdorf\[at\]riseup.net](mailto:uri-hennigsdorf[at]riseup.net)

Der nächste Termine für einen antirassistischen Einkauf ist: Freitag der 8. Mai. (Genauere Infos erhaltet ihr bei Bedarf per Mail.)

*Die Initiative u.r.i. setzt sich aus einigen Heimbewohner_innen des Flüchtlings-

lagers Hennigsdorf, der dortigen Antifa-Gruppe Hennigsdorfer Antifaschistische Initiative (H.A.I.), Einzelpersonen und einigen Mitarbeiter_innen der KuB ('Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen' e.V. in Berlin Kreuzberg) zusammen. In diesem Rahmen finden in Hennigsdorf regelmäßige Arbeitstreffen statt (zur Klärung der benötigten Unterstützung und der Planung von Aktionen bzw. Veranstaltungen), gemeinsame Freizeitaktivitäten (Kaffeekränzchen, Konzertbesuche, Partys etc.), politische Aktionen (Informationsveranstaltungen, Antira-Einkäufe, Demonstrationen) und praktische Unterstützung (Fahrrad AG: „BikeAid - Für Mehr Bewegungsfreiheit“, <http://www.bike-aid-berlin.de>, Sprachangebote, Hilfestellungen bei rechtlichen und sonstigen Fragen).

**In Berlin werden nach Jahren politischen Drucks seit 2006 regulär weder Chipkarten noch Gutscheine ausgegeben. Geblieben sind die „Sachleistungsunterkünfte“ Motardstraße und Degnerstraße, in denen die Bewohner_innen Fertiggessen vorgesetzt bekommen.

*Weg mit dem Sachleistungsprinzip
Her mit der Selbstbestimmung*

Die Arbeiterwohlfahrt – mehr als nur ein „Wohlfahrtsverband“

Das Neujahrskonzert der Arbeiterwohlfahrt Berlin/Brandenburg (AWO) am 17.1.2009 in der Berliner Philharmonie konnte nicht ohne Widerspruch stattfinden. Auf einem roten Teppich wurde der AWO die riesige „Goldene Kakerlake“ feilgeboten. Ein Spezialpreis, den bislang nur die Sozialsenatorin Knake-Werner für Ihre Verantwortung gegenüber dem Bestehen und den Zuständen des Lagers Motardstraße verliehen bekam.

Zur förmlichen Übergabe kam es leider nicht. Dennoch fanden die Informationsblätter „Warum missachtet die AWO ihre eigenen Grundwerte“ reißenden Absatz. Das massiv angereiste überwiegend über 60 Jahre alte Publikum stand Schlange, um sich mit unsere Kritik auseinander zu setzen. Wir gehen davon aus, dass wir mit dieser Aktion eine große Anzahl MultiplikatorInnen erreicht haben. Wir haben

die Hoffnung, dass sich innerhalb der AWO Diskussionen entwickeln, mit dem Ziel den Motardstraßen-Vertrag mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales zu kündigen.

Als Betreiberin des Lagers Motardstraße profitiert die AWO von den miesen Bedingungen dort. Je geringer die Ausgaben sind, desto höher ist der Profit. Deutlich gesagt sind das rassistische Schikanen gegenüber den Menschen, die von den Institutionen gezwungen werden dort zu wohnen und von der AWO in menschenunwürdigen Bedingungen „gehalten“ werden.

Ein weiteres hässliches Beispiel der Geschäftsfelder der Arbeiterwohlfahrt Berlin/Brandenburg: In Potsdam muss die AWO im Sommer 2009 ihre berühmte Einrichtung am Lerchensteig aufgeben.

Diese liegt an einer Kläranlage und ist mit dem öffentlichen Nahverkehr schwer zu erreichen. Die Ausländerbeauftragte Potsdams, Magdolna Grasnick, meinte, die besseren Wohnbedingungen in der neuen Unterkunft seien nach eigenen Wohnungen die „zweitbeste Lösung“ für MigrantInnen.

Innerhalb der AWO regte sich erste Selbstkritik: Die Bundesjugendkonferenz der AWO kritisierte im Mai 2008 die Behandlung von MigrantInnen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus und explizit die Lebensbedingungen im AWO-Lager Motardstraße.

*Gegen die ProfiteurInnen rassistischer Politik!
AWO raus aus der Motardstraße!
Lager Motardstraße schließen!*

Undokumentiert, aber Organisiert

Arbeiten ohne die nötigen Papiere ist eine Realität für viele MigrantInnen in Deutschland und anderswo: Sie arbeiten als Haushaltshilfen, ErntehelferInnen, in der Kinderbetreuung, auf Baustellen und in vielen anderen Bereichen. Damit sorgen sie für ihren eigenen Lebensunterhalt und oft auch für den ihrer Familien.

Was viele nicht wissen: Undokumentierten ArbeiterInnen stehen die gleichen Rechte wie allen ArbeitnehmerInnen zu: angemessener Lohn, Recht auf Urlaub, Mutterschutz, Rentenversicherung, Unfallschutz, bezahlter Urlaub, etc.

Allerdings werden ArbeitnehmerInnen ohne Aufenthalts- und Arbeitspapiere oft um diese Rechte betrogen und haben gleichzeitig häufig keine Möglichkeit, diese Rechte einzuklagen. Darum gibt es in Berlin nun eine Anlaufstelle für ‚undokumentierte ArbeitnehmerInnen‘ bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die Anlaufstelle ermöglicht Papierlosen, sich über ihre Rechte zu informieren und sich in ver.di zu organisieren, um ihre Rechte besser wahrnehmen zu können.

Die Anlaufstelle wurde vom AK Undokumentierte Arbeit ins Leben gerufen und folgt dem Beispiel einer Beratungsstelle mit dem selben Namen in Hamburg. In dem AK arbeiten verschiedene antirassis-

tische, feministische und selbstorganisierte MigrantInnengruppen aus Berlin mit ver.di zusammen.

Der AK glaubt an kollektive Lösungen und die Notwendigkeit von Organisation. Allein in den letzten Monaten sind über persönliche Kontakte rund 60 undokumentiert Beschäftigte bei ver.di eingetreten. Aus dem Flyer des AKs: „Unsere Ziele sind nur durch grundlegende soziale Veränderungen erreichbar, die Diskriminierungen beenden. Ein erster Schritt ist die Anerkennung von MigrantInnen als ArbeiterInnen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus in Europa.“

Unter den verschiedenen Formen der Verletzung von Arbeitsrechten im Fall von Papierlosen ist Lohnbetrug wohl die am häufigsten vorkommende. Besonders bekannt geworden ist der Fall von Ana S.: Die Kolumbianerin hatte drei Jahre im Haushalt einer wohlhabenden Familie in Hamburg-Blankenese geschuftet. Dafür bekam sie ein Taschengeld von einem Euro pro Stunde. Sie zog trotz ihres fehlenden Aufenthaltsstatus mit Hilfe von ver.di vor ein Arbeitsgericht, um ihren Lohn einzuklagen. Der Prozess endete mit einer außergerichtlichen Mediation, Ana S. erhielt eine Nachzahlung, wenn auch nicht ausreichend und hat bis heute keine gültigen Aufenthaltspapiere erhalten.

Ihre Geschichte wurde in dem Film ‚Mit einem Lächeln auf den Lippen‘ festgehalten, den felS im Rahmen des Maydays am 13. Mai um 19 Uhr im Zielena Gora zeigen wird. Nach dem Film findet eine Diskussion mit der Filmemacherin Anne Frisius und VertreterInnen von Berliner Antira-Gruppen statt.

Die Anlaufstelle für undokumentierte ArbeitnehmerInnen bietet persönliche Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen für Papierlose und befindet sich im ver.di Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum E 10 (Erdgeschoß). Sie ist während der Beratungszeit telefonisch unter 030/8866-5622 oder per E-Mail ak-undokumentierte-arbeit.berlin@verdi.org zu erreichen. Die Beratungsstelle ist jeden 2. Mittwoch im Monat von 9 - 11 Uhr und jeden 4. Mittwoch im Monat von 18 - 20 Uhr geöffnet.

FelS – Für eine Linke Strömung

Come and join us! Für mehr Infos und bei Interesse an der FelS/AG – Internationale Solidarität, kontaktiert: [fels\[at\]nadir.org](mailto:fels[at]nadir.org) oder www.fels-berlin.de

Adressenteil:

Dussmann-Fraß heißt jetzt CFM

Wie aus einer aktuellen kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus hervorgeht, ist der Essenslieferant nun für die Motardstraße die „Charité CFM Facility Management GmbH“, Robert-Koch-Platz 9, 10115 Berlin. Dussmann ist Teil der CFM.

Betreiberin Wohnheim Degnerstraße:

Invest Plan Immobiliengesellschaft mbH,
Am Reiherhorst 20, 15537 Grünheide

Invest Plan Immobiliengesellschaft mbH,
Luisenstraße 25, 15537 Grünheide

Invest Plan Immobiliengesellschaft mbH,
Sembritzkistraße 3, 15517 Fürstenwalde

Betreiberin Wohnheim Motardstraße:

Arbeiterwohlfahrt Berlin (AWO), Kreisverband Mitte e.V., Hochstädter Straße 1, 13347 Berlin

Arbeiterwohlfahrt Berlin (AWO), AWO Landesverband Berlin e.V., Blücherstraße 62, 10961 Berlin

Essenslieferant Degnerstraße:

R+Z Servicegesellschaft mbH, Französische Straße 55, 10117 Berlin, Tochterfirma von www.procurand.eu

Chronologie

Januar 2007:

Flüchtlingsrat wendet sich an Landesvorstand der Linkspartei/PDS. Keine Reaktion.

Beginn regelmäßiger Infotreffen und Kennenlern-Treffen für BewohnerInnen des Lagers Motardstraße.

Brandanschlag in Hamburg. Vier Dussmann-Autos brennen nieder, großer Presserummel.

Februar 2007:

Brandanschlag auf Dussmann-Küche. In Berlin-Pankow wird bei der Küche, die das Essen für das Lager Motardstraße fertigt, ein kleines Feuer gelegt. Kein Sachschaden.

Protest beim Landesparteitag der PDS in Berlin-Neukölln. Ein paar antirassistische AktivistInnen konfrontierten die Delegierten unter anderem mit einer mobilen Fotoausstellung und forderten die Schließung des Lagers Motardstraße. Ein interner Dringlichkeitsantrag wird nicht behandelt und zwei Tage später abgelehnt. Stattdessen sollen nur die Lebensumstände im Ausreiselager verbessert werden...

März 2007:

Sozialsenatorin Knake-Werner verringert selbst angerichtete Probleme. Sie wirkt auf das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ein, eine weniger schlimme Unterbringungspraxis zu beginnen.

Brief an die Senatorin Knake-Werner und AWO von Bewohnern der Motardstraße. Sie haben ihn auf arabisch verfasst.

April 2007:

Knake-Werner und weitere PDS-FunktionsträgerInnen besuchen die Motardstraße. Anwesend sind VertreterInnen der Arbeiterwohlfahrt, des Flüchtlingsrates und Aktive der evangelischen Kirche. BewohnerInnen überreichen der Senatorin eine gefangene Kakerlake als Souvenir. Es handelt sich vermutlich um die Deutsche Schabe (*blatella germanica*). Es wurden hygienische Unzulänglichkeiten, medizinische und soziale Einzelskandale besprochen. Knake-Werner will ein Gespräch mit der AWO und Dussmann wegen des widerlichen Essens suchen.

Kleine Anfrage* im Abgeordnetenhaus zu möglichen Kontaminationen des Geländes.

Chaos vor Dussmann. Im Rahmen der Anti-G8-Vorbereitung macht der Parcours Global einen Stopp vor Dussmann. Gewalttätiger Polizeieinsatz verhindert Kundgebung vor Dussmann und die Rückgabe der ekligen Essenspakete. Längere Blockade der Friedrichstraße.

Mai 2007:

Goldene Kakerlake für Knake-Werner. Erstmalige feierliche Verleihung dieses antirassistischen Sonderpreises, den die Senatorin leider nicht in Empfang nimmt. DemonstrantInnen fordern vor Ort die Schließung des Lagers Motardstraße.

Juni 2007:

Knake-Werner beantwortet den Brief der BewohnerInnen. Sauberkeit, Ordnung und Hygiene hätten sich im letzten Jahr verbessert...

Clownsarmee mit Feldküche vor der Motardstraße.

August 2007:

Änderung der Ausführungsvorschriften über die Anwendung des § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (Land Berlin). Damit wird es zögerlichen Bezirken vereinfacht, auf die Einweisung in die Motardstraße und einen Bargeldentzug zu verzichten.

Oktober 2007:

Kundgebung vor dem und gegen das Bezirksamt Pankow.

November 2007:

Strafverfahren gegen einen Polizeibeamten, der als Sanitäter in der Abschiebehaft Berlin - Köpenick tätig war (jetzt pensioniert), Verurteilung zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen wegen fahrlässiger Körperverletzung im Amt. Der durch den Herzinfarkt und die Untätigkeit des Polizeisanitäters geschädigte Flüchtling wurde nach der Krankenhausbehandlung vom Sozialamt Pankow in die von der AWO betriebene Berliner Asylertaufnahmestelle (Motardstraße) eingewiesen. Die Vollverpflegung dort entspricht keineswegs seinen Bedürfnissen als Herzkranker an einer vollwertigen aber cholesterinfreien Diät.

Februar 2008:

Kleine Anfrage* im Abgeordnetenhaus: Lager Motardstraße: Keine Verbesserungen in Sicht?

Beschluss BVV Pankow: Keine Einweisungen in die Motardstraße. Dieser Be-



schluss wird später vom Bürgermeister relativiert bzw. praktisch aufgehoben.

März 2008:

Kleine Anfrage* Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk hat die Zahl der Betroffenen auf 35 Personen reduziert und zahlt ihnen Bargeld.

Der herzkranke Herr B. (siehe November 2008) kann eine Wohnung beziehen. Nach Einzelfallprüfungen wechseln 10 von 28 Personen in ein anderes Wohnheim.

April 2008:

Antirassistische Aktion bei AWO-Fest in Wedding.

Kundgebung vor der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf.

Kleine Anfrage* an die Bezirksverordnetenversammlung Pankow.

Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf setzt sich für eine Schließung des Lagers Motardstraße ein und will Einzelfallprüfungen durchführen.

Mai 2008:

Bundeskonferenz des Jugendwerkes der AWO äußert sich sehr kritisch über die Funktion der AWO als Betreiberin des Lagers Motardstraße.

Juni 2008:

Antirassistische Lesung bei Dussmann.

Juli 2008:

Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus: „Menschen in der Motardstraße“ – Die Zukunft der gemeinsamen Unterbringung von Flüchtlingen? Der Bezirk Mitte hat nun die meisten Personen (36) in die Motardstraße eingewiesen.

August 2008:

Dussmann-Bus brennt in Hamburg.

Oktober 2008:

Antirassistischer Fahrradkorso: Das Büro Knake-Werners, die AWO und Dussmann werden besucht. Die Polizei beendet die Demo vor Dussmann durch willkürliche Prügeleien. Einige vorläufige Festnahmen und daraus resultierende polizeiliche Ermittlungen.

November 2008:

Kleine Anfrage* im Abgeordnetenhaus: Tuberkulosefälle in Berliner Asylbewer-

berheimen? Die Menschen mit offener Tuberkulose werden daraufhin in ein Krankenhaus verlegt.

Dezember 2008:

Neuer Beschluss: Landes-Parteitag der Linkspartei möchte die Funktion des Lagers Motardstraße als Einrichtung auf eine Erstaufnahmeeinrichtung begrenzen und – mittelfristig – diese Erstaufnahmeeinrichtung an einen sozialräumlich besseren Ort verlegen (siehe Artikel: Schöne Worte von der Linkspartei).

Januar 2009:

Goldene Kakerlake besucht Neujahrskonzert der AWO Berlin-Brandenburg. (Siehe Artikel: Die Arbeiterwohlfahrt – mehr als nur ein „Wohlfahrtsverband“.)

Februar 2009:

Der Flüchtlingsrat schreibt an die Sozialverwaltung. Er will unter anderem das Schließungsdatum des Lagers Motardstraße wissen.

März 2009:

4 Kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus zur Flüchtlingsunterbringung in Berlin (siehe „Intro“).

*Kleine Anfragen nachzulesen in den jeweiligen Parlamentsdokumentationen oder unter www.chipkartenini.squat.net

Kontakt:

Bündnis gegen Lager
Berlin/Brandenburg,
c/o FFM, Gneisenaustraße 2A,
10961 Berlin

Dieser Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen. Die Artikel sind von am Bündnis beteiligten Gruppen oder Personen verfasst.

e-mail: [buendnis_gegen_lager\[at\]riseup.net](mailto:buendnis_gegen_lager[at]riseup.net)